

# Pantier Report

## Desinformationskampf in der Krise?

## Was wirklich gegen Informa- tionsoperationen hilft

Matthias C. Kettemann

Juli 2025

20<sup>YEARS</sup> ACIPSS



SICHER LEBEN

### Medieninhaber, Herausgeber und Verleger

Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies (ACIPSS)  
Universitätsstraße 15/A1, 8010 Graz, Austria  
office@acipss.org  
www.acipss.org

### Redaktionelle Bearbeitung

Jeremy Stöhs  
Paul Schliefer  
Stefan Auer

### Layout und Cover

Alexander J. Pflieger  
Coverfoto: Connor Danylenko, free to use, via pexels, <https://www.pexels.com/photo/person-reading-newspaper-inside-room-2538121/>

ISSN (Print): 2791-5050  
ISSN (Online): 2791-5069

Mit freundlicher Unterstützung von:

UNIVERSITÄT GRAZ  
UNIVERSITY OF GRAZ



**Pantier Reports als PDF direkt auf der ACIPSS Website zum Download:**



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) Lizenz.

### Editorial policy

The Pantier Reports provide precise and fact-based strategic analyses with concrete actionable recommendations on current hot topics and challenges, primarily in the areas of intel-aimed at decision-makers and those responsible in politics, education, research, business and an interested specialist audience. The Pantier Reports and its contents are independent of political parties, institutions and interest groups.

Die Pantier Reports liefern präzise und faktenbasierte strategische Analysen mit konkret umsetzbaren Handlungsempfehlungen zu aktuell brisanten Themen und Herausforderungen, primär aus den Bereichen Nachrichtendienste, Sicherheitsstudien und Propagandaforschung. Sie richten sich an Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und Verantwortliche in Politik, Bildung, Forschung, Wirtschaft und ein interessiertes Fachpublikum. Die Pantier Reports und ihre Inhalte sind unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen.

### Legal disclaimer

All opinions expressed are those of the individual authors, and not necessarily those of the editors or of ACIPSS. Despite intensive efforts and careful processing, no responsibility is taken for the correctness of this data or information. Any liability of ACIPSS, the editors or the authors is excluded. All photographs, images, graphics and drawings etc. used (except in cases where otherwise noted) are supplied by the authors, who are, as it is explicitly stated in the guidelines for authors, ultimately responsible for adhering to copyright laws and, if necessary, the acquisition of reproduction rights. In the event of any copyright or reproduction right infringements, the owners of said rights have to contact the individual author(s) directly.

Die Beiträge geben die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser, aber nicht zwingend jene der Redaktion oder von ACIPSS wieder. Trotz intensiver Bemühungen und sorgfältiger Bearbeitung erfolgen alle Angaben und Informationen ohne Gewähr. Haftungen von ACIPSS, der Redaktion oder der Autorinnen und Autoren sind ausdrücklich ausgeschlossen. Die verwendeten Fotos, Bilder, Grafiken und Zeichnungen etc. wurden – außer in jenen Fällen, in denen es anders vermerkt ist – von den Autorinnen und Autoren geliefert, die laut Autorenrichtlinien ausdrücklich für die Beachtung und gegebenenfalls den Erwerb der notwendigen Bild- bzw. Reproduktionsrechte verantwortlich zeichnen. Bei allfälligen Verstößen gegen die Urheber- oder Werknutzungsrechte haben sich deren Inhaber direkt an die Autoren zu wenden.

Aus Gründen der Lesbarkeit sowie des Umstandes, dass die Benennung beider Geschlechter beim gegenständlichen Thema inhaltlich überwiegend nicht korrekt wäre, wurde im vorliegenden Report die männliche Form verwendet.



# Desinformationskampf in der Krise? Was wirklich gegen Informationsoperationen hilft

Juli 2025, Matthias C. Kettemann

## In aller Kürze

Desinformation wird von Staaten, Parteien und Influencern genutzt und führt – durch Algorithmen verstärkt – zum Vertrauensverlust in Institutionen und zu gesellschaftlichen Polarisierungen. Aber nicht nur Desinformation an sich, sondern auch das unkritische Herbeischreiben ihrer angeblichen Wirkung ist gefährlich. Denn während großangelegte Desinformationskampagnen nachweisbar sind, fehlen belastbare Studien zu ihrer tatsächlichen Wirkung auf die individuelle und kollektive Meinungsbildung oder das Wahlverhalten. Gleichzeitig lässt sich anhand der Forschung festhalten: Umso geringer die (digitale) Medienbildung und -kompetenz sind, desto größer die Gefahr, dass Desinformation gesellschaftlich negative Konsequenzen hat. Deshalb ist Realismus im Umgang mit Desinformation das Gebot der Stunde.



## Desinformation: „So what?“

Während eine einheitliche Definition von Desinformation nicht existiert, gibt es inzwischen einen für die Praxis tragfähigen Minimalkonsens, was darunter zu verstehen ist: Die strategische Verteilung falscher oder irreführender Informationen, die gezielt für politische oder ökonomische Zwecke verbreitet werden und gesellschaftlichen Schaden, Misstrauen und Zukunftsängste verursachen können. Desinformation ist kein isoliertes Phänomen, sondern Teil der Online-Kommunikation und wird von staatlichen Akteuren, politischen Parteien – vor allem der populistischen Varianten – Aktivisten und Influencern genutzt. Die Motive reichen von politischer Einflussnahme und Regierungsdestabilisierung bis zur Nutzung der digitalen Aufmerksamkeitsökonomie. Die Verbreitung erfolgt durch algorithmische Priorisierung polarisierender Inhalte, gezielte Manipulation von Suchmaschinen und den Einsatz generativer KI, die bspw. Deepfakes erzeugt.

Diese – oft nicht sichtbaren – Aspekte beeinflussen den öffentlichen Diskurs und unsere Wahrnehmung des selbigen. Sie stellen die politisch-digitale Öffentlichkeit auf die Probe, indem Polarisierungstendenzen verstärkt und das Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen untergraben wird. Während Desinformation in Einzelfällen durchaus Wirkung haben kann, ist zwischen dem ihr ausgesetzt sein, dem

sie wahrnehmen und der Frage ob und in welchem Ausmaß sie wirkt zu unterscheiden. Während großangelegte Desinformationskampagnen nachweisbar sind, fehlen belastbare Erkenntnisse über deren tatsächliche Auswirkungen auf individuelle und kollektive Meinungsbildung. Desinformation, „So what?“, könnte man sagen. Gleichzeitig wird Desinformation aber in der öffentlichen Debatte als substanzielle Gefahr für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt verhandelt, was einen größeren Effekt bewirken mag als die Konfrontation mit der Desinformation selbst. Der kritische Umgang mit KI-gestützter Desinformation und diesbezügliche Medienkompetenzen sind noch unzureichend entwickelt. Das erhöht die Herausforderungen, die Desinformation für demokratische Gesellschaften darstellt.

## Vertrauensverlust in die Medien und die Herausforderungen von Desinformation

Der Rückgang des Vertrauens in klassische Nachrichtenmedien korreliert mit einem generellen Vertrauensverlust in Institutionen. Dieser Trend weckt Sorgen hinsichtlich eines demokratischen Rückschritts, da Desinformation zunehmend genutzt wird, um politische Instabilität zu fördern und öffentliche Institutionen zu untergraben. Während in der Wissenschaft noch darüber diskutiert wird, ob dieser Vertrauensverlust eine tatsächliche Krise darstellt oder lediglich eine Folge veränderter

Medienkonsumgewohnheiten ist, ist unbestreitbar, dass Konzepte wie „Lügenpresse“ durch rechtsextreme politische Akteure instrumentalisiert werden, um das Vertrauen in traditionelle Medien gezielt zu zerstören. Diese Akteure wiederum werden teils unterstützt durch ausländische Informationsoperationen, gerade aus Russland, das damit eigene Ziel verfolgt. So z. B. das Untergraben des politischen Willens zur Unterstützung der Ukraine in der Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg.

Vergleichende Studien in verschiedenen Ländern zeigen, dass die Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation stark vom jeweiligen politischen und medialen Umfeld abhängt. Während der Konsum selbsternannter „alternativer“ Medien häufig mit einer geringeren Resilienz gegenüber Falschinformationen einhergeht, belegen Studien aus Kanada, Frankreich und den USA, dass ein hohes Vertrauen in „klassische“ nationale Nachrichtenmedien nicht automatisch die Widerstandsfähigkeit gegenüber Fehlinformationen erhöht. Dies zeigt sich insbesondere in sozialen Medien, wo die Bereitschaft, Informationen unüberprüft zu teilen, zu liken oder unterstützend zu kommentieren, trotz hohen Medienvertrauens nicht signifikant abnimmt. Indes liegt in jenen Ländern mit geringerem Bruttoinlandsprodukt tendenziell auch ein niedriges Level an Grundvertrauen in demokratische Institutionen vor, ein ebenso niedriges in Qualitätsmedien, und verstärkt durch ein Weniger an digitaler Grundbildung wird der Nährboden für eine höhere Anfälligkeit für Desinformation bereitet.

### Desinformation als politisches Instrument

Die Manipulation von Informationen wird zunehmend als Waffe in politischen Auseinandersetzungen eingesetzt. Politiker und digitale Plattformbetreiber beanspruchen die Deutungshoheit darüber, was als „Wahrheit“ gilt, und nutzen gezielte Falschinformationen zur Destabilisierung demokratischer Prozesse. Diese Entwicklung steht im Kontext der „Post-Truth-Ära“, in der objektivierbare Fakten durch strategisch platzierte Meinungen und gezielte Desinformation ersetzt werden. Die Philosophin Hannah Arendt hatte bereits in den 1960er Jahren vor den Konsequenzen gewarnt, wenn politische Akteure Fakten negieren, manipulieren oder ersetzen.

Die gezielte Nutzung sozialer Medien zur Wähleransprache ist dabei ein zentraler Bestandteil moderner Wahlkampagnen. Während Skandale, wie jener um Cambridge Analytica, gezeigt haben, wie Unternehmen durch den massenhaften, illegalen Zugriff auf persönliche Daten gezielt Desinformation verbreiten können, sind auch hier Befunde über die tatsächliche Effektivität – im Gegensatz zur angenommenen Effektivität – schwierig nachzuweisen. Haben individualisierte politische Botschaften angesichts der Komplexität unserer Medienrezeptionsrepertoires wirklich etwas bewegt? Faktisch darf dies bezweifelt werden.



Abb. 1: Interventionen gegen den Glauben an Desinformationen im Rezeptionsprozess.<sup>1</sup>

Nunmehr versuchen Regulierungsmaßnahmen wie der Digital Services Act (DSA) der EU von 2022 durch Transparenz- und Rechenschaftspflichten sowie zahlreiche Maßnahmen der „regulierten Selbstregulierung“ – also jene, die sich an der Schnittstelle zwischen staatlicher und privater Regulierung bewegt – im Bereich des Kampfs gegen Desinformation, eine Onlinedebatte zu sichern, welche die Rechte der Beteiligten, insbesondere Meinungs- und Informationsfreiheit, wahrt. Der DSA verpflichtet große digitale Plattformen, systemische Risiken zu minimieren, die sich negativ auf den demokratischen Diskurs und Wahlprozesse auswirken. Es bleibt bislang jedoch unklar, wie solche Maßnahmen effektiv umgesetzt werden können. Auch die Empfehlungen anderer internationaler Organisationen, wie des Europarats zu Wahlkampagnen und der OSZE zu Krisenkommunikation, betonen zwar die Notwendigkeit transparenter Algorithmen in der politischen Kommunikation, doch die Umsetzung solcher Maßnahmen bleibt angesichts der – auch für die Bewahrung der Meinungsfreiheit bedeutenden – Privatautonomie der Plattformbetreiber herausfordernd.

### Desinformation und politische Bewegungen

Desinformation ist eng mit autokratischen Regimen und dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen in Demokratien westlicher Prägung verbunden. Russland und China haben umfassende Strategien entwickelt, um durch gezielte Informationskriegsführung die öffentliche Meinung in anderen Ländern zu beeinflussen. In Lateinamerika sind russische Desinformationskampagnen darauf ausgerichtet, das Vertrauen in westliche Institutionen wie die NATO und die EU zu untergraben. In Afrika versuchten zuerst Informationskrieger der Gruppe Wagner und nun auch strategische Kommunikationsagenten Chinas nationale politische Prozesse im Sinne der Belt and Road Initiative zu lenken.

### Digitale Plattformen und die Verbreitung von Desinformation

Während Suchmaschinen eine Rolle bei der Verstärkung von Falsch- und Fehlinformationen spielen, sind soziale Medien die Hauptverbreitungs Kanäle für Desinformation. Plattformen wie Facebook, X (vormals Twitter), Instagram, TikTok und YouTube haben durch ihre Algorithmen einen erheblichen Einfluss auf die Sichtbarkeit

von Inhalten. Trotz wachsender Kritik an den Betreibern und ihrem Vorgehen, bleiben die Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation oft ineffektiv. Des Weiteren stellen Messenger-Dienste wie WhatsApp und Telegram eine besondere Herausforderung dar, da Desinformation hier weitgehend unkontrolliert verbreitet werden kann.

Studien über den Einfluss sozialer Medien auf politische Polarisierung kommen zu gemischten Ergebnissen.<sup>2</sup> Während einige Forschungen darauf hinweisen, dass soziale Medien „Echokammern“ verstärken, zeigen andere Studien, dass Nutzer durchaus mit unterschiedlichen Perspektiven konfrontiert werden.<sup>3</sup> Eine Untersuchung in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA fand keine Beweise dafür, dass soziale Medien direkt zur Unterstützung rechtspopulistischer Parteien beitragen.<sup>4</sup> Vielmehr scheint der persönliche Austausch im Offline-Bereich ein stärkerer Einflussfaktor zu sein.

Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass Algorithmen tendenziell rechtsgerichtete Inhalte stärker hervorheben. Eine Studie bereits aus dem Jahr 2021 zeigte, dass der Twitter-Algorithmus konservative Stimmen überproportional verstärkte, während linke Inhalte weniger oft empfohlen wurden.<sup>5</sup> Seit der Übernahme von Twitter durch Musk und seine bewussten Eingriffe in das Empfehlungssystem hat sich die Situation noch weiter verschärft. Ironischerweise geht diese Privilegierung rechter Stimmen oft einher mit einer wahrgenommenen bzw. empfundenen Diskriminierung selbiger und daraus resultierend Rufen nach einem Ende der „Zensur“ konservativer Inhalte auf sozialen Medien. Der kürzlich nach Regierungsantritt von Trump II erfolgte Paradigmenwechsel der Moderationspraxen auf Facebook/Meta, scheint klar in Richtung weniger Moderation und damit mehr Verbreitungsmöglichkeiten für Desinformation zu deuten.

### Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz

Angesichts der wachsenden Bedrohung durch Desinformation setzen viele Regierungen und Organisationen auf die Förderung von Medien- und Informationskompetenz (MIL). Diese Bildungsmaßnahmen sollen Menschen befähigen, Informationen kritisch zu hinterfragen und Desinformation zu erkennen. Dabei zeigen Studien, dass solche Programme langfristig effektiver sind, wenn sie kontinuierlich angeboten werden.

- 1 Understanding the role of information, digital technology and media in sustainable development, democracy and human rights.
- 2 Understanding online content and its uses.
- 3 Access information effectively and efficiently and practicing ethics.
- 4 Critically evaluate information, messages and information sources including generative AI.
- 5 Critical and creatively engage with and apply digital and traditional media format.
- 6 Situating the sociocultural context of information and digital content in relation but not exclusive to gender equality dialogue, disinformation, privacy and eradicating hate, discrimination and racism.
- 7 Manage MIL learning among various groups and navigating change.

Abb. 2: Fähigkeiten im Zusammenhang mit Medien- und Informationskompetenz.<sup>6</sup>

Ein relativ neuer Bereich innerhalb der Medien- und Informationskompetenz ist die KI-Literacy, also das Verständnis für die Funktionsweise und Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf Informationssysteme. Da KI zunehmend bei der Erstellung und Verbreitung von Nachrichten eingesetzt wird, ist es entscheidend, dass Menschen lernen, algorithmisch generierte Inhalte kritisch zu bewerten. Programme zur KI-Literacy zielen darauf ab, Nutzer über die Mechanismen maschinellen Lernens, algorithmische Verzerrungen und die Grenzen von KI-generierten Inhalten aufzuklären.

Der Risk Perception Index des Global Risks Report des Weltwirtschaftsforums in Davos (WEF) analysiert die gravierendsten Risiken, denen die Welt in den kommenden zehn Jahren gegenübersteht. Während langfristig klimabezogene Bedrohungen die Liste der größten Risiken dominieren, identifizieren die Experten sowie befragten Führungskräfte 2024 und 2025 kurzfristig Fehl- und Desinformation als das größte globale Risiko für eine gelingende geökonomisch und geostrategisch stabile Zukunft.<sup>7</sup> Dies sei insbesondere auf die zunehmende Verbreitung von KI-generierten Inhalten zurückzuführen, die falsche Darstellungen von Geschehen und falsche Narrative fördern könnten. Die Umfrage zeigt die Befürchtung auf, dass Fehl- und Falschinformationen in den nächsten zwei Jahren die Wahlprozesse in mehreren Volkswirtschaften erheblich beeinträchtigen könnten.

Ein zunehmendes Misstrauen gegenüber jeglichen Informationen sowie Medien und Regierungen als Quellen könnte die Polarisierung der Gesellschaft weiter verstärken. Gesehen wird jedoch ebenso die Gefahr von Repressionen und der Einschränkung von Rechten der Meinungs- und Pressefreiheit, wenn Behörden versuchen, die Verbreitung von bloßen Fehlinformationen einzudämmen. Dies führe aus Sicht der befragten Wirtschaftseliten zu einer „damned if you do, damned if you don’t“-Situation für Regierungen und staatliche Stellen. Allerdings dürfte diese Einschätzung auch eine gewisse *déformation professionnelle*, eine berufsbedingt verzerrte Wahrnehmung der Problemlagen illustrieren, da sich unter den Befragten des Weltwirtschaftsforums wenige Expertinnen und Experten für Demokratie und Medien befanden, sondern vor allem Personen aus dem Banken- und Finanzsektor. Die Tatsache, dass die spezifische Gefahr von Desinformation sowohl 2024 als auch 2025 beim Risiko-Perzeptionsindex auf Platz 1 landete<sup>8</sup>, ohne nachweisbar in großem Umfang zu den befürchteten substanziellen Folgen geführt zu haben, sagt mehr über die Erfahrungswiderstand der Befragten aus als über die tatsächliche Bedrohungslage.

Hier schließt sich der Kreis: Nicht nur die Desinformation ist das Problem, sondern wie eingangs erwähnt, ebenso die unkritische Darstellung und der Diskurs über Desinformation als Problem für die Demokratie. Folglich kann man daraus schließen: Besser weniger skandalisieren und mehr investieren in Medien- und Informationskompetenz.

### Schlussfolgerung

Desinformation stellt eine vielschichtige Bedrohung für demokratische Gesellschaften dar. Sie untergräbt das Vertrauen in Medien und Institutionen, wird gezielt als politisches Werkzeug genutzt und durch digitale Plattformen verstärkt. Während regulatorische Maßnahmen wie der Digital Services Act zunehmend auf Transparenz und Plattformverantwortung setzen, bleibt deren Durchsetzung eine Herausforderung. Gleichzeitig gewinnen Bildungsinitiativen zur Förderung von Medien- und KI-Kompetenz an Bedeutung, um Individuen besser gegen Desinformation zu wappnen.

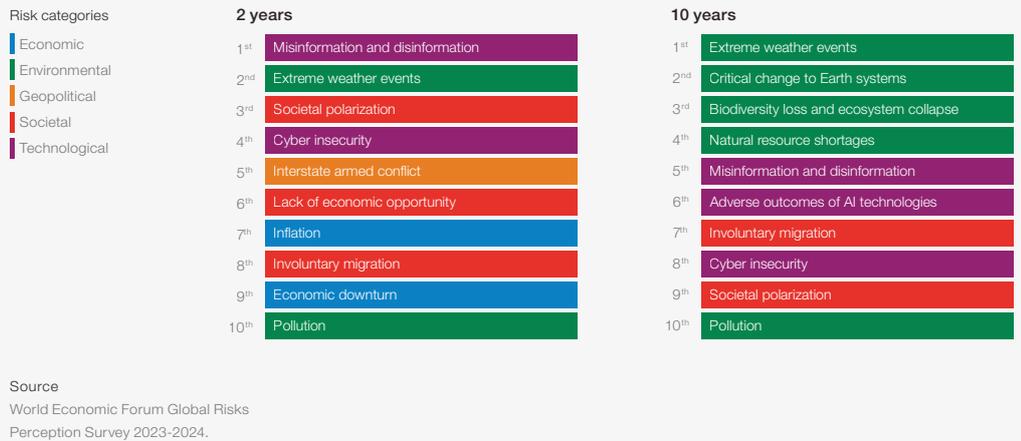


Abb. 3: WEF-Experteneinschätzung unterschiedlicher Risiken für die globale Stabilität 2024.<sup>9</sup>



Abb. 4: WEF-Experteneinschätzung unterschiedlicher Risiken für die globale Stabilität 2025.<sup>10</sup>

Langfristig wird die Bekämpfung von Desinformation einen umfassenden Ansatz erfordern, der sowohl politische Regulierung als auch gestärkte Medienkompetenz umfasst. Der technologische Wandel macht es erforderlich, dass politische Akteure, Medienunternehmen und Bildungseinrichtungen gemeinsam Strategien entwickeln, um die Integrität der öffentlichen Debatte zu gewährleisten und die negativen Auswirkungen von Desinformation einzudämmen.

Sicher ist aber auch, dass zu viel unkritisches und empiriefreies Diskutieren über Desinformation nur beschränkt hilfreich ist. Auch „Desinformation“ über Desinformation schadet – vielleicht mehr sogar als die Desinformation alleine.

1 Kessler, S. H. (2023), 5. Vorsicht #Desinformation: Die Wirkung von desinformierenden Social Media-Posts auf die Meinungsbildung und Interventionen, Landesanstalt für Medien NRW, [https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Bericht\\_\\_\\_Studie\\_Vorsicht\\_Desinformation](https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/Bericht___Studie_Vorsicht_Desinformation) (15.05.2025).  
2 Ross/Arguedas/Robertson/Fletcher/Nielsen, Echo chambers, filter bubbles, and polarisation: a literature review, 2022, <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/echo-chambers-filter-bubbles-and-polarisation-literature-review>.

3 Boulianne/Hoffmann, Perceptions and Concerns About Misinformation on Facebook in Canada, France, the US, and the UK, in: International Journal of Public Opinion Research, Volume 36, Issue 4, Winter 2024, <https://doi.org/10.1093/ijpor/edae048>, <https://academic.oup.com/ijpor/article/36/4/edae048/7808498>.

4 Boulianne/Hoffmann, Perceptions and Concerns.

5 Huszár/Ktena/O'Brien/Belli/Schlaikjer/Hardt, Algorithmic amplification of politics on Twitter, in: Proc. Natl. Acad. Sci. U.S.A. 119 (1), 2022, <https://doi.org/10.1073/pnas.2025334119>.

6 Frau-Meigs, D. (2024). User Empowerment through Media and Infor-

mation Literacy Responses to the Evolution of Generative Artificial Intelligence (GAI). Report prepared for UNESCO, Sorbonne Nouvelle University, 4.

7 WEF, Global Risks Report 2025, 8, <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2025>.

8 WEF, Global Risks Reports 2024, 8 und 2025, 8.

9 WEF, Global Risks Report 2024, 8, 15.05.2025, [https://www3.weforum.org/docs/WEF\\_The\\_Global\\_Risks\\_Report\\_2024.pdf](https://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Global_Risks_Report_2024.pdf).

10 WEF, Global Risks Report 2025, 8, 15.05.2025, <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2025>.

## Matthias C. Kettemann

Prof. Dr. Matthias C. Kettemann, LL.M. (Harvard) (\*1983) hat in Graz, Genf und an der Harvard Law School Rechtswissenschaften studiert. Nach einer Promotion in Graz habilitierte er sich an der Goethe-Universität Frankfurt am Main als erster im deutschsprachigen Raum zum Internetrecht und lehrte daraufhin in Heidelberg, Hamburg, Jena, Lüneburg und an der Bucerius Law School. Seit 2021 ist er Universitätsprofessor für Innovation, Theorie und Philosophie des Rechts und Leiter des Instituts für Theorie und Zukunft des Rechts an der Universität Innsbruck. Er leitet das Innsbruck Quantum Ethics Lab und Forschungsprogramme an Medien- und Internetforschungsinstituten in Hamburg und Berlin und berät regelmäßig Stiftungen, nationale Ministerien und internationale Organisationen, insbesondere den Europarat, die UNESCO und die OSZE in Fragen der Technologiegovernance.

[Matthias.Kettemann@uibk.ac.at](mailto:Matthias.Kettemann@uibk.ac.at)

